

Quelle:	Bremer Nachrichten, Stadtteil-Kurier Mitte vom 05.06.2023, S. 7 (Wochenzeitung / Donnerstag, Bremen)				
Auflage:	9.150	Reichweite: Autor:	28.731 Jürgen Theiner	Ressort:	Bremen
Abstract:	In einer Protokollerklärung hat Bremen demnach festgehalten, dass es eine Koppelung von Versorgungsstufen und Leistungsgruppen gemäß Lauterbachs Vorschlägen für sinnvoll hält.				

Debatte über Klinikreform

Bremen unterstützt Lauterbach

Bremen. Wie sich die Bremer Krankenhauslandschaft in den kommenden Jahren wandelt, hängt nicht nur von den örtlichen Akteuren ab. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) strebt einen grundlegenden Strukturwandel der stationären Gesundheitsversorgung an. Hintergründe sind die Kostenentwicklung, die Qualitätsunterschiede und der Fachkräftemangel.

Gegenwärtig finanzieren sich die Krankenhäuser über sogenannte Fallpauschalen. Die Kassen vergüten damit bestimmte medizinische Leistungen – etwa eine Hüft-OP oder eine Nierentransplantation – pro Behandlungsfall. Bestimmte Operationen sind für Krankenhäuser attraktiv, je nachdem, wie auskömmlich die Pauschale gestaltet ist. Lauterbach schwebt vor, die Kliniken künftig in

bestimmte Versorgungsstufen (Level) zu unterteilen, gestaffelt von Grund bis zu Maximalversorgern. Diesen Leveln sollen sogenannte Leistungsgruppen zugeordnet werden. Anders gesagt: Bestimmte Behandlungen dürften dann nur noch in einschlägig qualifizierten Kliniken durchgeführt werden.

Fast alle Bundesländer haben dagegen mehr oder minder schwere Bedenken geltend gemacht. Sie beanspruchen eigene Gestaltungsmöglichkeiten bei der Einteilung ihrer Krankenhäuser in bestimmte Versorgungsstufen. Anders Bremen. Wie das Deutsche Ärzteblatt vor wenigen Tagen berichtete, habe sich die Hansestadt als einziges Bundesland klar auf Lauterbachs Seite gestellt. Das gehe aus einem Beschlusspapier von Vertretern der 16 Länderbehörden zur Vorberei-

tung der Gesundheitsministerkonferenz am 5./6. Juli hervor. In einer Protokollerklärung hat Bremen demnach festgehalten, dass es eine Koppelung von Versorgungsstufen und Leistungsgruppen gemäß Lauterbachs Vorschlägen für sinnvoll hält. Gesundheitsssenatorin Claudia Bernhard (Linke) bestätigte dies gegenüber dem WESER-KURIER auf Anfrage.

"Bundeseinheitliche Strukturvorgaben sind wichtig", so Bernhard. So sei beispielsweise die Behandlung von Krebs erfolgreicher, wenn sie in onkologischen Zentren stattfinde statt in Krankenhäusern ohne Spezialisierung. "Mit unserer Protokollnotiz wollten wir dieses Streben nach erhöhter Qualität zum Ausdruck bringen", so Bernhard.